Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 3 (1962)

Heft: 35

Artikel: Das neue Statut der tschechoslowakischen KP : im Widerspruch zur Verfassung

Autor: J.S.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076799

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Das neue Statut der tschechoslowakischen KP

Im Widerspruch zur Verfassung

Das kürzlich veröffentlichte neue Statut der Tschechoslowakischen Kommunistischen Partei (KPC) ist nicht nur als Satellitenstatut der sowjetischen KP bemerkenswert (siehe Memo Nr. 33), sondern in erster Linie als Widerspruch zur eigenen Staatsverfassung. Dabei ist das tschechoslowakische Grundgesetz, erst gerade zwei Jahre alt, das jüngste aller kommunistischen Staaten.

Am 24. Juli 1962 wurde das neue Statut der KPC veröffentlicht und zur öffentlichen Diskussion gestellt, damit es im Herbst durch den XII. Kongress der KPC feierlich — und höchstwahrscheinlich auch praktisch unverändert wie das neue Statut der KPdSU — angenommen werden kann. Die Grundideen des Statutes sind mit jenen des neuen sowjetischen Parteistatutes vollständig identisch. Infolgedessen können wir uns diesbezüglich auf die Erörterung des sowjetischen Textes beziehen (KB Nrn. 33-36/1961) und unsere Aufmerksamkeit auf einen neuen Aspekt des tschechoslowakischen Statutenprojektes und zugleich aller kommunistischen Parteistatuten konzentrieren: auf die Verfassungswidrigkeit dieser Parteidokumente.

Im Schlagwort

Die flagrantesten Verletzungen des Grundgesetzes, dem alle Bürger der CSSR feierlich verpflichtet sind, betreffen das Verhältnis von Partei und Staat. Auffälligste Punkte sind dabei:

— Als Träger der Staatsgewalt definiert die Verfassung (die schliesslich von der Partei selbst entworfen und unter Dach gebracht wurde) die Werktätigen des Landes und ihre behördlichen Vertreter. Im Parteistatut dagegen erhebt die KPC Anspruch auf *unbeschränkte* Führung des Staates, was in den einzelnen Paragraphen nachzuweisen ist.

— Laut Verfassung ist die Nationalversammlung (Parlament) das oberste Organ der Staatsgewalt. Das Parteistatut unterstellt sie der Kontrolle des Zentralkomitee (ZK)-Sekretariates.

— Die Kontrolle der Regierung wird vom Parlament (Verfassung) auf die Partei (Statut) verlagert. Die entsprechende Umdeutung wiederholt sich auf allen Stufen von Behörden und Staatsorganen.

— Die Kompetenzen der Nationalausschüsse (örtliche Behörden, den «Sowjets» entsprechend) werden ohne weiteres auf die Parteikomitees der entsprechenden Stufen übertragen.

— In besonders flagranter Verfassungswidrigkeit wird die staatliche Personalpolitik im Statut zum Parteimonopol gestempelt.

— Eine formell besonders auffallende Einzelheit: laut Verfassung obliegt Ernennung und Abberufung von Regierungsfunktionären dem Staatspräsidenten. Das Parteistatut erwähnt diesen Ernennungsvorgang als «Empfehlung», die vom ZK bestätigt werden muss.

Das Ei klüger als die Henne

Die beinahe unvorstellbare Anpassungsfähigkeit der Prager Kommunisten kam schon öfters zum Ausdruck. Sie haben den Meister, die KPdSU beziehungsweise die Sowjetunion in mancher Hinsicht sogar hinter sich gelassen. Kaum wurde in der Sowjetunion der Kampf gegen das «persönliche Eigentum» entfesselt, erklärte stolz die tschechoslowakische Rechtsliteratur: Wir haben schon seit Jahren behauptet, dass die Nebenwirtschaft der Kollektivbauern kein persönliches Eigentum und infolgedessen aufzuheben sei. Der Kampf gegen die letzten Ueberreste der bäuerlichen Unabhängigkeit, die Hofstellen (Nebenwirtschaften), wurde in der CSSR noch mit grösserem Elan und mit grösserem Erfolg geführt als in der UdSSR selbst. — Kaum wurde in der Sowjetunion die erste Unionskonferenz über die Fragen der neuen Sowjetverfassung abgehalten (Herbst 1959), hatten die Prager Kommunisten schon das Projekt ihrer neuen, sozialistischen Verfassung zusammengestellt und im Juli 1960 durch die Nationalversammlung angenommen, wodurch sie der UdSSR in einigen Punkten zuvorkamen (zum Beispiel durch die Verankerung der Parteiführung im speziellen Artikel Nr. 4). Das gleiche geschah auch mit den wichtigsten Parteidokumenten: kaum wurden diese am 31. Oktober 1961 vom XXII. Kongress der KPdSU in Moskau angenommen, hat auch Prag das neue Parteistatut und Parteiprogramm ausgearbeitet und zur «allvölkischen» Diskussion gestellt.

Grundlagen ...

Wie alle kommunistischen Parteien, wird auch die KPC auf Grund des Territorial- und Betriebsprinzipes organisiert: die Grundorganisationen werden prinzipiell an den Arbeitsstellen (Betrieben, Aemtern, Schulen usw.) errichtet und in Bezirks (Stadt)- und Gebietsorganisationen zusammengeschlossen (§ 19). Die organisatorische Struktur folgt auch in der CSSR den Verwaltungseinheiten: Staat (innerhalb des Staates die Slowakei), Gebiete, Bezirke und Ortschaften. Die Anpassung der Parteistruktur an die Verwaltungsstruktur ist zur leichteren Leitung und Kontrolle der entsprechenden Staats- und Wirtschaftsorgane unentbehrlich. Als zum Beispiel im Jahr 1960 die territorialen Verwaltungseinheiten der CSSR eine Umstellung erfuhren, wurde parallel auch die territoriale Struktur der Partei gleich angepasst.

An der Spitze der einzelnen Parteiorganisationen (Gebiets-, Bezirks- und Stadtorganisationen) und der ganzen Partei steht als eine Exekutive ein Komitee mit gewählten Mitgliedern.

... Grundsätze ...

Als wichtigste Grundsätze der Parteistruktur, beziehungsweise der Parteitätigkeit werden in der Einleitung des Statutenprojektes aufgezählt: feste Einheit der Parteireihen, der demokratische Zentralismus, kollektive Führung, Kritik und Selbstkritik, innerparteiliche Demokratie und der Internationalismus.

Es ist charakteristisch, wie die führende Rolle der KPdSU in der kommunistischen Weltbewegung anerkannt und betont wird: «Unsere Partei stützt sich ... auf die im Programm der KPdSU enthaltenen Ideen: die Grundsätze des Programmes der KPdSU haben internationale Geltung, weil das Programm die Erfahrungen der ganzen internationalen kommunistischen Bewegung verallgemeinert.» (Einleitung). Auch wird die KPdSU «erprobter und anerkannter Vortrupp der kommunistischen Weltbewegung» genannt.

Die übrigen Grundsätze widersprechen einander zum Teil. Als wichtigste organisatorische Grundsätze müssen der *demokratische Zentralismus* und das *Verbot der Fraktionsbildung* und Gruppentätigkeit erwähnt werden (Einleitung). Der demokratische Zentralismus hat — laut Statut — genau die gleiche Bedeutung wie im Statut der KPdSU:

a) Wählbarkeit aller leitenden Organe von unten nach oben.

b) Periodische Rechenschaftsablage der Parteiorgane vor ihren Parteiorganisationen und vor den übergeordneten Organen.

c) Strenge Parteidisziplin und Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit.

d) Unbedingte Verbindlichkeit der Beschlüsse der übergeordneten Organe für die untergeordneten.

Praktisch herrscht natürlich der Zentralismus auf Kosten der Demokratie.

Vor allem wird jede Opposition unmöglich gemacht. «Irgendeine Art von Fraktionsbildung und Gruppentätigkeit ist unvereinbar mit der Parteimitgliedschaft», heisst es in der Einleitung des Statutes; mit anderen Worten: die Opposition muss aus der Partei ausgeschlossen bleiben.

Direkte Wahlen in Parteiorgane werden lediglich auf der niedrigsten Ebene eingeräumt (in den Grundorganisationen).

Der Zentralismus — auf Kosten der Demokratie — kommt aber vor allem in der Machtkonzentration beim Zentralkomitee zum Ausdruck, und zwar noch stärker als im Statut der KPdSU.

... und Organisation

Das oberste Organ der Partei ist der Kongress, welcher jeweils *vom ZK* einberufen wird. Ein ausserordentlicher Kongress kann auf Initiative des ZKs oder auf den Wunsch von mindestens einem Drittel der Parteimitgliedschaft einberufen werden. Die etwa 100 Personen zählende Körperschaft wird also praktisch zirka 500 000 Menschen gleichgestellt. Die Proportion der Vertretung, die Art und Weise der Delegiertenwahl wird aber von Fall zu Fall vom ZK festgesetzt (§ 28). Es ist also die Exekutive, welche das ganze Wahlverfahren vorschreibt. Der Kongress tagt alle vier Jahre. Dazwischen wird die Leitung der Parteiangelegenheiten dem ZK anvertraut (§ 30). Punkt a des erwähnten Paragraphen garantiert dem ZK die Vollmacht: es arbeitet, im Sinne der Beschlüsse des Parteikongresses, die Fragen der weiteren Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft sowie diejenigen der Innen- und Aussenpolitik aus.

Die Machtfülle des ZKs grösser als in der Sowjetunion

Das Zentralkomitee hat statutengemäss eine Machtfülle, wie sie selbst das Vollzugsorgan der sowjetischen KP nicht besitzt. Das betrifft das Recht auf Einberufung ausserordentlicher Parteikonferenzen; sei es zur Festlegung oder Deutung der Parteilinie, sei es zur Erörterung beliebiger «wichtiger Fragen» der Parteipolitik. Delegiertenanzahl und Wahlmodus sind dem ZK vorbehalten, über dessen indirekte Machtausübung die Fortsetzung berichten wird.

J. S.